

[ Es gilt das gesprochene Wort ]

Anrede,

im Bund zeichnet sich eine Große Koalition der Merkel-CDU mit ihrem neuen Juniorpartner ab. In Dortmund stehen wir ebenfalls wieder einmal vor dem Problem einer Großen Haushaltskoalition, die die drängenden Probleme der Stadt unbeachtet lässt.

Diese drängenden Probleme lassen sich in einigen wichtigen Kennzahlen beschreiben. Mit rund 13% offizieller Arbeitslosigkeit und einer Unterbeschäftigungsquote von 16% ist der Mangel an Arbeitsvolumen für die Dortmunder Bevölkerung der Größte in der Region. Und da sind die Leute, die in Maßnahmen geparkt werden, oder einfach nur einen Vermittlungsgutschein für einen privaten Arbeitsvermittler ausgestellt bekommen, noch gar nicht in der Statistik berücksichtigt – sonst läge die Arbeitslosenquote bei rund 17%. Aus dem großen Mangel an bezahlter Arbeit resultiert dann auch eines der niedrigsten Einkommensniveaus in NRW mit weniger als 18.000 Euro Jahreseinkommen im Durchschnitt der Dortmunder Bevölkerung. Und es resultiert daraus eine massive Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, wie 1-Euro-Jobs, Minijobs, Leiharbeit und unbezahlter Praktika.

Die soziale Situation ist entsprechend angespannt. Ein Viertel der Dortmunder Bevölkerung ist akut dem Risiko der Armut ausgesetzt. 14% der Haushalte gelten als überschuldet. Antworten auf diese Situation hat die Große Haushaltskoalition auch in diesem Jahr keine Einzige gegeben. Ganz im Gegenteil beharren sie darauf, weitere Arbeitsplätze in der Verwaltung abzubauen und halten an der Kürzung von jährlichen 2% am steuerbaren Personalbudget fest. Ihr Haushalt spekuliert im Personalbereich darauf, dass die Mehrausgaben für die Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst von rund 5 Mio. Euro durch weiteren Personalabbau auf etwa 1 Mio. Euro gesenkt werden können. Die Stadt Dortmund mit ihren Beteiligungsunternehmen ist aber der größte Arbeitgeber der Region – sie verschlimmern damit die Situation auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt.

All dies hat Auswirkungen auf die Sozial- und Jugendtats der Stadt. Die pflichtigen Transferleistungen im Stadthaushalt für die Bevölkerung sind so hoch wie nie zuvor. Rund 110.000 Menschen in Dortmund beziehen Leistungen

nach dem SGB II, Grundsicherung oder Wohngeld. Auch die Aufwendungen für die erzieherischen Hilfen im Jugendamt bleiben rein aufgrund der fachlichen Notwendigkeiten auf hohem Niveau. Und Kämmerer und Oberbürgermeister weisen, ebenso wie unsere Fraktion, zu recht immer wieder darauf hin, dass man mit allen Kürzungsprogrammen, die die Großen Haushaltskoalitionen des Rates in dieser Wahlperiode - insbesondere auch im Personalkörper der Stadt - durchgeführt haben, gegen die steigenden Sozialkosten überhaupt nicht ankommt. Im Laufenden Jahr hatten wir laut Managementbericht der Kämmerei eine Abweichung vom Haushaltsplan bei den Hartz IV-Beziehern von mehr als 10 Mio. Euro und auch für 2014 sind diese Zahlen erneut zu niedrig angesetzt worden.

Doch statt sich diesen Problemen zu widmen konzentrieren sich SPD und CDU auf interne Umstrukturierungsmaßnahmen im Stadtkonzern, so als ginge sie die Lage der Menschen überhaupt nichts an. Die jüngste Maßnahme, die am Donnerstag beschlossen wurde ist die Ausgliederung des Bereiches Stadtgrün aus dem Tiefbauamt zur EDG, gegen den Widerstand von Personalrat und Beschäftigten und deren gewerkschaftlichen Vertretungen. Ebenfalls aus dem Tiefbauamt ausgegründet wurde erst kürzlich der Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der mit den resultierenden Abwassergebührenerhöhungen die Mietnebenkosten weiter in die Höhe treibt. Mieten und Mietnebenkosten, die wegen steigender Energiekosten, steigender öffentlicher Gebühren und auch wegen der Fehlentscheidung der Großen Haushaltskoalition aus dem Jahr 2011 die Grundsteuer B anzuheben, immer weiter ansteigen.

Und da kommen wir zum nächsten Problem: Es zeichnet sich eine Wohnungsnot für Menschen mit niedrigem Einkommen in Dortmund ab. Das zeigen die Berichte des Amtes für Wohnungswesen sehr deutlich. Im Jahr 2011 erkannte das Wohnungsamt eine zunehmende Verknappung bezahlbarer Wohnungen für Familien mit Kindern. 2013 zeigt der Wohnungsmarktbericht bereits eine Ausweitung des Wohnungsmangels auch auf die Singlehaushalte mit niedrigem Einkommen. Und was tut die Große Haushaltskoalition? Sie weigert sich überhaupt auch nur zu versuchen, dem was da auf uns zu kommt, entgegen zu wirken und wenigstens mal eine Konzeption gegen diesen Wohnungsmangel zu beauftragen.

Wenig zugänglich war die Große Koalition in den Beratungen auch bei sozialpolitischen Maßnahmen. Ob es darum ging, zahlungsunfähigen Menschen das benötigte Trinkwasser nicht einfach abzustellen, ob es darum ging auch Menschen mit niedrigen Einkommen durch den Dortmund-Pass den Besuch von ausgegliederten Hallenbädern zu ermöglichen, ob es darum ging im Projekt Soziale Stadt für die benachteiligten Sozialräume der Nordstadt die Mittel ganz bescheiden zu erhöhen, oder den von den Bezirksvertretungen geforderten

Begleitservice für Senioren und Menschen mit Behinderungen für den ÖPNV zu erhalten – all das lehnen sie ab.

Das wir als LINKSFRAKTION nun darauf angewiesen waren, für den Erhalt eines erfolgreichen sozialpolitischen Projektes wie dem Trinkraum in der Nordstadt, die Stimmen der Jamaika-Fraktionen zu bekommen, während die SPD abseits stand und das Projekt am Liebsten beendet hätte, spricht Bände. Auf jeden Fall, Frau Reuter, Herr Monegel, Herr Rettstadt – schönen Dank dafür.

Meine Damen und Herren, eine erfolgreiche Sanierung des Haushaltes steht weiter in den Sternen. Der jetzige Haushalt plant mit einem Defizit von 77 Mio. Euro und die mittelfristige Finanzplanung ist mehr Wunsch als Wirklichkeit. Wie kommen sie eigentlich auf die Idee, dass die Steuern im nächsten Jahr um 9 Mio. Euro über das Planniveau von 2013 hinaus ansteigen werden, obwohl sie im Managementbericht der Kämmerei für dieses Jahr in zweistelliger Größenordnung hinter diesen Planzahlen zurückbleiben, wenn man mal einen aktuellen Einmaleffekt eines großen Gewerbesteuerzahlers außer acht lässt?! Alleine daraus ergibt sich schon ein Haushaltsrisiko von mehr als 25 Mio. Euro für das nächste Jahr.

Einen Haushaltsausgleich kann man mit Kürzungs- und Austeritätspolitik, wie Sie sie hier seit Jahren durchführen natürlich auch gar nicht bewerkstelligen. Prozyklische Kürzungspolitik führt zu einer Verschärfung der volkswirtschaftlichen Krise. Das ist eine Binsenweisheit. Der Ökonöm Prof. Flassbeck, früherer Direktor der Organisation für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen UNCTAD, wird nicht müde zu beschreiben, dass die falsche Diagnose einer Staatsschuldenkrise zur falschen Therapie durch die Kürzungspolitiken durch alle Ebenen Europas von den nationalen Regierungen bis in die kleinste Kommune geführt hat. Dabei ist Dortmund keine Ausnahme. Dabei, so Flassbeck, kann man am Beispiel der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre sehr eindrucksvoll sehen, wozu eine prozyklische Sparpolitik mit dem Ziel eines Haushaltsausgleiches – wie die von Herrn Brüning - letztlich geführt hat. Nämlich zu einer Abnahme des Arbeitsvolumens und Arbeitslosigkeit und in dessen Folge zu politischen Verwerfungen. Diese können wir heute auch schon wieder in den südeuropäischen Ländern erkennen. Und mit dem Aufkommen neuer Parteien in Deutschland und deren Einzug in Landtage oder nur knappem Scheitern am Einzug in den Bundestag sieht man die ersten politischen Unsicherheiten auch in Deutschland. Der Sicherheitsexperte und Architekt der Ostverträge, Egon Bahr, aus dem Kabinett von Willi Brandt wurde in der Rhein-Neckar-Zeitung vor ein paar Tagen mit den Worten zitiert: "Ich sage euch, dass wir in einer Vorkriegszeit leben." Ich denke, solche Warnungen muss man ernst nehmen.

In den 20ern war die Volkswirtschaftslehre noch nicht so weit die Zusammenhänge erkennen zu können – heute kann man das alles wissen, wenn man möchte und auch in den Medien jenseits des Deutschen Mainstreams – insbesondere in den britischen und amerikanischen Wirtschaftsblättern - kann man das alles genauso nachlesen. Denken sie also bitte nicht weiter über die Idee einer kommunalen Schuldenbremse nach. Das ist genauso ein Irrweg, wie die Schuldenbremse auf Landesebene.

Im Übrigen hat die zerstörerische Europapolitik von Frau Merkel und ihrer Helfershelfer in den unterschiedlichsten Parteien auch für Dortmund schon sehr direkte Folgen. Jenseits der Zuwanderung aus Südosteuropa haben wir nämlich eine immer stärker werdende Zuwanderung aus den Mittelmeerstaaten zu verzeichnen. Und diese Menschen haben ganz genau die gleichen Probleme, selbst wenn sie mit sehr guter Ausbildung zu uns kommen. Daher sind in den Dortmunder Obdachlosenunterkünften schon jetzt deutliche Zunahmen von Griechen, Italienern, Spaniern oder Portugiesen zu verzeichnen. Auch diese Entwicklung wird Dortmund im nächsten Jahr Geld kosten, ebenso wie die Zuwanderung aus Bulgarien. Beides ist im vorliegenden Haushalt übrigens nicht berücksichtigt worden. Hier liegt ein Hausrisiko von weiteren rund 30 Mio. Euro.

Alleine aus diesen genannten Haushaltsrisiken ergibt sich schon, dass wir es im kommenden Jahr mit Kürzungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen zu tun bekommen werden, dass es nur so quietscht und kracht. Daraus ergibt sich für uns, dass wir diesem Haushalt nicht zustimmen können.

Was es zu einer Sanierung der kommunalen Haushalte statt einer Kürzungspolitik braucht, ist eine grundlegende Gemeindefinanzreform, eine Verstetigung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer, eine strikte Einhaltung und Durchsetzung des Konnexitätsprinzips, nach dem der zu zahlen hat, der die Musik auch bestellt. Es braucht eine Förderung der Binnenwirtschaft, um mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen für die Dortmunder Bevölkerung zu schaffen.

Die Exportwirtschaft kann das bei allen Umsatzrekorden nicht leisten und auch diese wird nun zunehmend wegen der durch die Kürzungspolitik der Troika einbrechenden Märkte im europäischen Ausland unter Druck geraten.

Herr Stüdemann hat letztens ziemlich deprimiert im Finanzausschuss mal eingeräumt, dass wir zwar einige sozialversicherungspflichtige Stellen über den Technologiepark geschaffen haben, dass diese aber völlig an den Qualifikationen der Dortmunder Bevölkerung vorbei gehen. Diese Maßnahmen fördern die Menschen im gutbürgerlichen Speckgürtel von Dortmund und sind

kein Ersatz für eine aktive Beschäftigungspolitik für die Menschen, die im Stadtgebiet von Dortmund leben und eine Perspektive suchen.

Wir schlagen Ihnen vor einen größeren öffentlichen Beschäftigungssektor einzurichten und damit statt Langzeitarbeitslosigkeit lieber gemeinnützige sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen zu finanzieren und damit auch die Kaufkraft in Dortmund zu erhöhen. Das wäre eine gegen die Krise gerichtete Maßnahme. Der Unterbezirksparteitag der SPD hat sich ja, allen ablehnenden Einstellungen dieses Rates zum Trotz, ebenfalls dafür ausgesprochen. Dann lassen sie uns das im nächsten Jahr angehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Wir sind der Überzeugung, dass Dortmund nur durch einen Politikwechsel wieder auf die Beine kommt. Wir brauchen weniger wirtschaftsliberale Ideologie und mehr volkswirtschaftlich begründete Maßnahmen.

Herr Prüsse betont immer wieder, dass im Dortmunder Rat eine Politik unter dem Motto „Rot Pur“ gemacht werde. Dem widerspreche ich. Diese Politik ist weder sozialistisch, noch sozialdemokratisch, sondern stockkonservativ und damit tiefschwarz. Doch im Mai stehen nun erneut Wahlen an und es steht in manchen Fraktionen ein Personalwechsel ins Haus. Ich hoffe, dass dadurch auch ein Politikwechsel in Dortmund möglich wird. Denn sonst wird es der Dortmunder Bevölkerung weiterhin schlecht ergehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit